



Arbeitsbericht 2016 - 2020



DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

Arbeitsbericht 2016 - 2020

Stand Oktober 2020

Die Fraktionsgeschäftsstelle

Gerne sind wir für Sie da:

Montag bis Donnerstag:
10:00 Uhr – 18:00 Uhr
(Mittagspause 13:00 Uhr – 13:30 Uhr)

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Raum 120 - 1. Etage
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt

Telefon: +49 (0) 69 212 462 93 (Zentrale)
Telefax: +49 (0) 69 212 751 20

E-Mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de
Internet: www.dielinke-im-roemer.de
Facebook: [facebook.com/dielinke.imroemer](https://www.facebook.com/dielinke.imroemer)
twitter: twitter.com/DIELINKE_Roemer

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Da dieses Jahr der Umstände wegen kein mündlicher Tätigkeitsbericht mit anschließender Aussprache über die Arbeit der Fraktion stattfinden kann, haben wir euch dieses Heft zusammen gestellt.

Es soll euch einen Einblick über die politische Arbeit eurer Fraktion bieten und darüber hinaus auch das Interesse an Kommunalpolitik wecken oder verstärken.

Schon Rosa Luxemburg hat ihre Bedeutung erkannt und geschrieben:

„So gibt es also keine einzige Angelegenheit der Stadt- oder Gemeindegewirtschaft, in welcher die Interessen der Arbeiterklasse nicht verschieden von denen der bürgerlichen Klasse oder ihnen nicht geradezu entgegengesetzt wären.....“

Und das trifft auch heute noch zu.

Nicht zuletzt durch Corona hat sich die Spaltung der Gesellschaft in dieser Stadt verschärft, und das wird sich die nächsten Jahre fortsetzen. Schon jetzt spricht der CDU-Kämmerer davon, dass wieder gespart werden muss. Und die Erfahrungen mit dieser Koalition zeigen, dass hierbei der soziale Bereich am meisten in Gefahr ist. Das war auch in der ablaufenden Wahlperiode so. Denn noch immer sind die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten nicht angemessen bezahlt, auch wenn jetzt allgemein anerkannt wird, wie relevant diese Berufsgruppen sind.

Das gilt natürlich auch für die Kolleg*innen in der Kranken- und Altenpflege, im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, bei der Müllabfuhr und vielen anderen Bereichen. Deshalb haben wir die Proteste und Streiks der Beschäftigten in all diesen Bereichen immer unterstützt.

Unsere wohnungspolitischen Aktivitäten haben deutlich gemacht, dass DIE LINKE gemeinsam mit Initiativen und Mieter*innen gegen Mangel an bezahlbarem Wohnraum und gegen die Gentrifizierung kämpft und dabei zusammen mit außerparlamentarischen Bewegungen auch mehr und mehr Erfolge erzielt.

Wir haben auf zahlreichen Demos gesprochen und teilgenommen, ob es um den Anschlag von Hanau, Black Lives Matter, Rassismus, Polizeigewalt und NSU, Faschisten auf der Buchmesse, Fridays for Future und die Klimakrise, Seebrücke, Jugendsozialarbeit, den Mainkai, die Verkehrswende, die anachronistische IAA oder die Sorgen von Eltern oder Künstler*innen in der Corona-Krise ging. Die Bewegungen haben wir ins Parlament getragen, Themen gesetzt und den Betroffenen Rederecht verschafft, damit ihnen die Politik endlich zuhört!

Unsere Unterstützung von Flüchtlingsorganisationen und die entsprechenden Anträge sagen deutlich, was für DIE LINKE gilt: **„Leave no one behind!“** – Frankfurt muss wirklich zum sicheren Hafen für Schutzsuchende werden. Wir haben Platz!

Und immer wieder haben wir darauf hingewiesen, dass die wachsende Armut in einer reichen Stadt wie Frankfurt am Main ein Skandal und nicht nur bundes- und landespolitisch verursacht ist, sondern auch auf die schwarz-grüne Klientelpolitik des Magistrats zurückgeht, dem die SPD nur zu oft folgt.

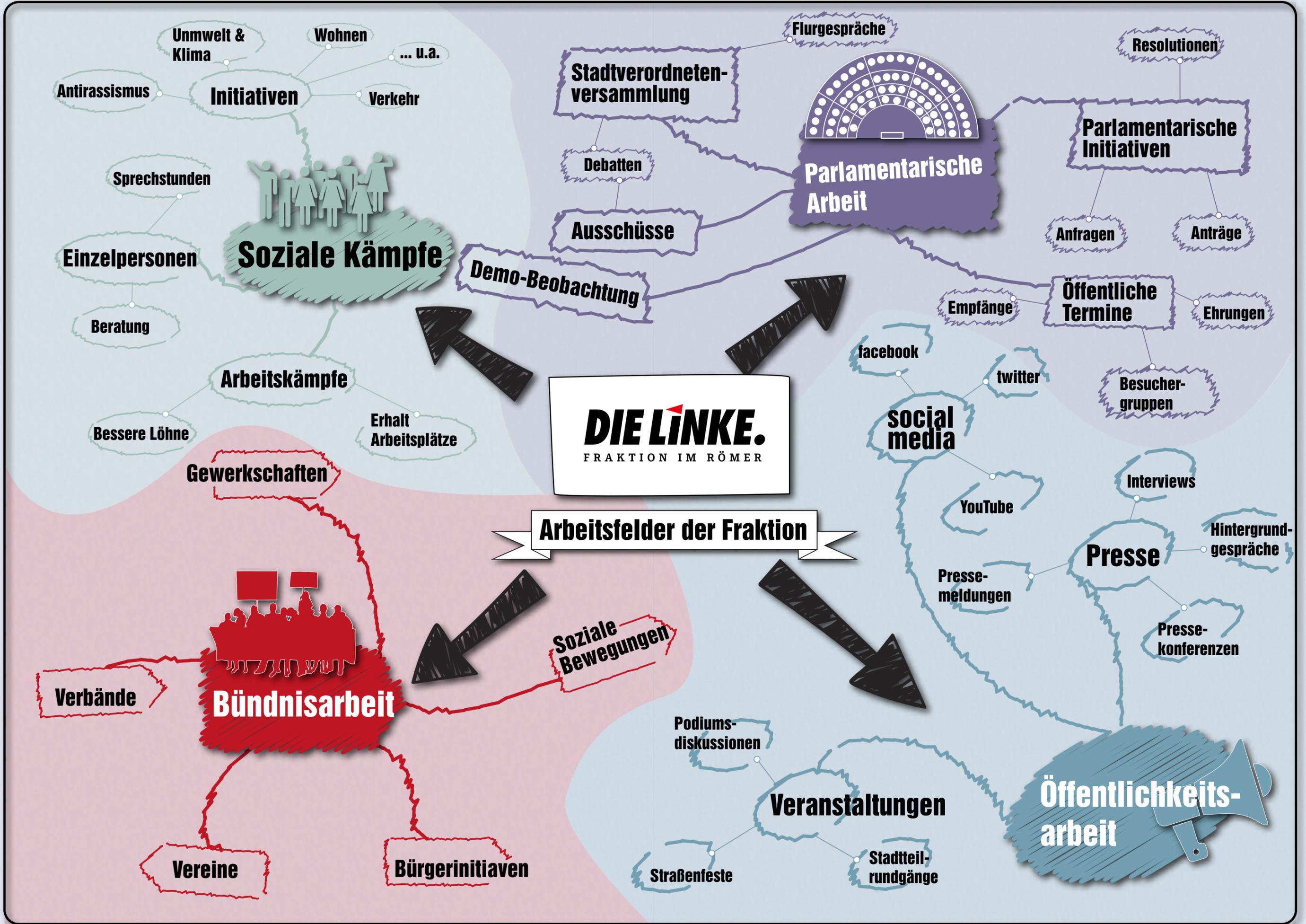
DIE LINKE ist die einzige, wirkliche Opposition im Römer, die für einen Politikwechsel steht.

Ganz besonders möchten wir uns bei unseren Ortsbeiräten bedanken. Sie unterstützen die kleinen Initiativen in den Stadtteilen und auch viele einzelne Aktivist*innen und bringen deren Anliegen in den parlamentarischen Raum. Sie sind ganz besonders die Stimmen aber auch das Gesicht linker Kommunalpolitik. Unsere fleißigen und engagierten Ortsbeiräte haben uns im Römer oft genug Anregungen zu Anfragen und Anträgen vermittelt.

Wir möchten uns aber auch bei unserem Mitglied im ehrenamtlichen Magistrat, Margarete Wiemer, bedanken. Sie hat all die Jahre kräftig Sand in das kapitalistische Getriebe dieser Stadtregierung gestreut und damit die Interessen aller in den Magistrat eingebracht, die dort ansonsten nur als Kostenfaktoren gesehen werden.

Damit es in der Frankfurter Stadtpolitik wirklich einen längst überfälligen Politikwechsel gibt, braucht es nach den Kommunalwahlen 2021 eine gestärkte LINKE im Römer und in den Ortsbeiräten!

Dominike Pauli
Martin Kliehm



Die Fraktionsmitglieder



Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

- Fraktionsvorsitzende im Ortsbeirat 6
- Mitglied im Ältestenausschuss Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Mitglied im Wahlvorbereitungs- und Wahlprüfungsausschuss



Martin Kliehm
Fraktionsvorsitzender

- Mitglied im Ausschuss für Kultur- und Freizeit
- Mitglied im Ausschuss für Recht, Verwaltung und Sicherheit
- Mitglied im Verkehrsausschuss



Ayse Dalhoff
Stadtverordnete

- Mitglied des Präsidiums
- Mitglied im Jugendhilfeausschuss
- Mitglied im Kinder- und Jugendförderungsausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Mitglied im Ortsbeirat 10



Merve Ayyıldız
Stadtverordnete

- Mitglied im Ausschuss für Bildung und Integration
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Frauen



Michael Müller
Stadtverordneter

- Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Kultur- und Freizeit
- Mitglied im Ausschuss für Planung, Bau und Wohnungsbau



Pearl Hahn
Stadtverordnete

- Mitglied des Präsidiums
- Mitglied im Ausschuss für Recht, Verwaltung und Sicherheit
- Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Sport
- Mitglied im Ortsbeirat 4



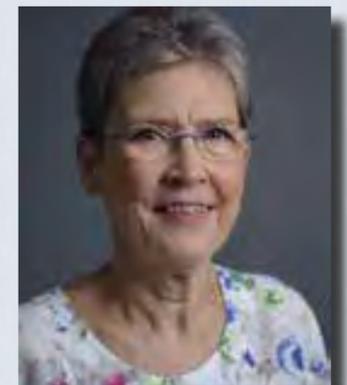
Eyup Yilmaz
Stadtverordneter

- Mitglied im Ausschuss für Planung, Bau und Wohnungsbau
- Mitglied im Sonderausschuss „Dom-Römer“
- Mitglied im Verkehrsausschuss
- Mitglied im Ortsbeirat 1
- Mitglied in der Regionalversammlung Süd-Hessen



Monika Christann
Stadtverordnete

- Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Sport
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Frauen



Margarete Wiemer
Ehrenamtliche Stadträtin



Astrid Buchheim
Stadtverordnete von 2016 bis 2018

- Ehemals Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
- Ehemals Mitglied des Verkehrsausschusses



Reichtum gerecht verteilen!

Arbeit und Soziales

Frankfurt ist nach wie vor eine der reichsten Städte Deutschlands. Doch der Reichtum in dieser Stadt ist weiterhin ungleich verteilt. Die Armutsgefährdungsquote gemessen am Landesmedian ist in Frankfurt von 16,2 Prozent in 2015 auf 20,1 Prozent in 2019 gestiegen. In Folge der Corona-Krise ist damit zu rechnen, dass die Quote für 2020 noch höher liegt. Gleichzeitig stieg die Zahl der Einkommensmillionäre in Frankfurt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Wir wollen das nicht nur stoppen, sondern umkehren. Neben der stärkeren Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen – was bundes- und landespolitisch gelöst werden kann – lag und liegt unser Augenmerk darauf, dass die Menschen in Frankfurt von ihrer Arbeit leben können.

Während des Streiks der Conti Mitarbeiter*innen am 25. September 2020.



Solidarität im Arbeitskampf

Die Arbeitnehmer*innen des öffentlichen Dienstes und privater Unternehmen konnten unserer Solidarität immer sicher sein. Die Fraktion war vor Ort, um die Kolleg*innen aus den Betrieben zu unterstützen. Sei es bei den

Tarifrunden der Gewerkschaften, dem Arbeitskampf zum Beispiel bei LSG Sky Chefs, bei Karstadt oder Continental.

In Frankfurt geht es auch um eine gerechte Sozialpolitik.

Also darum, wie die vorhandenen Mittel verteilt werden. Die Interessen der weniger Privilegierten auf die Tagesordnung zu bringen, gehört weiterhin zu den wichtigsten Aufgaben der Fraktion.



Kaffee für die Kolleg*innen während des ver.di Warnstreiks im März 2018.

Tariffreue in allen Betrieben

Deshalb haben wir uns dafür stark gemacht, dass die Beteiligungsgesellschaften den branchenüblichen Tarifvertrag anwenden und bei den Trägern, welche die Arbeit der ausgelagerten Daseinsvorsorge übernehmen, zusätzlich zum vereinbarten Entgelt die Differenz bezahlt wird, die durch eine

tarifliche Erhöhungen entsteht. Dennoch weigerte sich die Stadt lange, die für die Träger (z.B. der Offenen Kinder- und Jugendarbeit) gestiegenen Kosten zu übernehmen. Erst durch anhaltende Protestmärsche durch die Stadt und anschließende Kundgebungen auf dem Römerberg sowie den Walk of Youth

beschloss die Koalition nach jahrelangem Hinauszögern eine 3 prozentige Erhöhung, aufgeteilt auf mehrere Jahre. Die schon vor Jahren beschlossene und von uns immer wieder angemahnte Kontrollstelle zur Einhaltung der Tariffreue bei Drittfirmen läuft bis heute nicht richtig.



EZB-Mitarbeiter*innen streiken auch. Im Juni 2017 gegen die Ungleichbehandlung von Leiharbeiter*innen in der Zentralbank.



Beschäftigte in den Pflegeberufen kämpfen schon seit Jahren für bessere Löhne. Wie hier in Höchst.





Obdachlosigkeit bekämpfen

Eine Folge der falschen Sozialpolitik ist, dass in den letzten Jahren Obdachlosigkeit ein fester Bestandteil des Frankfurter Stadtbildes geworden ist. Zwar gibt es auf der einen Seite Hilfsangebote der Stadt wie den Kältebus oder die humanitäre Sprechstunde für Menschen ohne gesetzliche Krankenversicherung. Jedoch reagiert die Koalition aus CDU, SPD und Grünen auf die Menschen unterhalb der Armutsgrenze zunehmend mit Repression und sozialer Kälte. Deshalb thematisierte die Fraktion das Vorgehen des städtischen Ordnungsamtes, Barverwarnungen gegenüber Obdachlosen auszusprechen, um sie aus der Innenstadt zu vertreiben, öffentlich im Parlament. Noch immer müssen Menschen im Winter auf dem Fußboden der B-Ebene am Eschersheimer Tor nächtigen. Alternative Vorschläge für Übernachtungsorte, wie das ungenutzte teure Stadthaus wurden abgelehnt. Immerhin wurde für die Menschen nach ständiger Nachfrage und Anträgen der Fraktion ein Übergangsangebot in den Morgenstunden geschaffen, damit diese nicht Stunden in der Kälte auf die Öffnung der sozialen Einrichtungen warten müssen.



Wir veranstalteten am 28. Juni 2018 eine Podiumsdiskussion zur Situation von Wanderarbeiter*innen in Frankfurt. Die Entstehung und Räumung der Lager auf der Gutleut-Brache 2017 und dem Gelände des Unternehmens Ferro 2018 waren nur ein Aspekt, der die Probleme der Menschen verdeutlicht. An der Situation der Menschen hat sich bis heute nichts geändert.

DIE LINKE.
Fraktion im Römer

Eintrag: 02.01.2018, 16.40 Uhr

NR 483

Frankfurt, 02. Januar 2018

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
Schluss mit Vertreibung Obdachloser!

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Sicherzustellen, dass die „Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen, Grün- und Spielanlagen, auf Gewässern, im Wald sowie den unterirdischen Anlagen in der Stadt Frankfurt am Main“ nicht missbraucht wird, um arme Menschen aus dem Stadtbild zu entfernen.
2. Ab dem 1. Januar 2018 eine differenzierte Statistik zu erheben, aufgrund welcher Rechtsgrundlage Platzverweise und Barverwarnungen in Frankfurt am Main ausgesprochen werden.

Begründung:
Die „Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen, Grün- und Spielanlagen, auf Gewässern, im Wald sowie den unterirdischen Anlagen in der Stadt Frankfurt am Main“ regelt den Aufenthalt im öffentlichen Raum. So ist es z.B. nicht gestattet, sich sitzend, liegend oder lagern auf Zu- und Abgängen, vor Türen und auf Treppen von oder vor unterirdischen Anlagen aufzuhalten. Ansonsten findet sich jedoch keine Passage zum Thema öffentlichen Lagerns.
Die Gefahrenabwehrverordnung soll – wie ihr Titel suggeriert – Gefahren abwehren. Sie jedoch dazu zu nutzen, arme Menschen von öffentlichen Plätzen zu verweisen, stellt einen klaren Missbrauch der Verordnung dar.
Mit einer statistischen Erhebung kann künftig transparent die ordnungsgemäße Umsetzung der Gefahrenabwehrverordnung überprüft werden.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Astrid Buchheim Stv. Michael Müller

Frankfurter Weg ausbauen

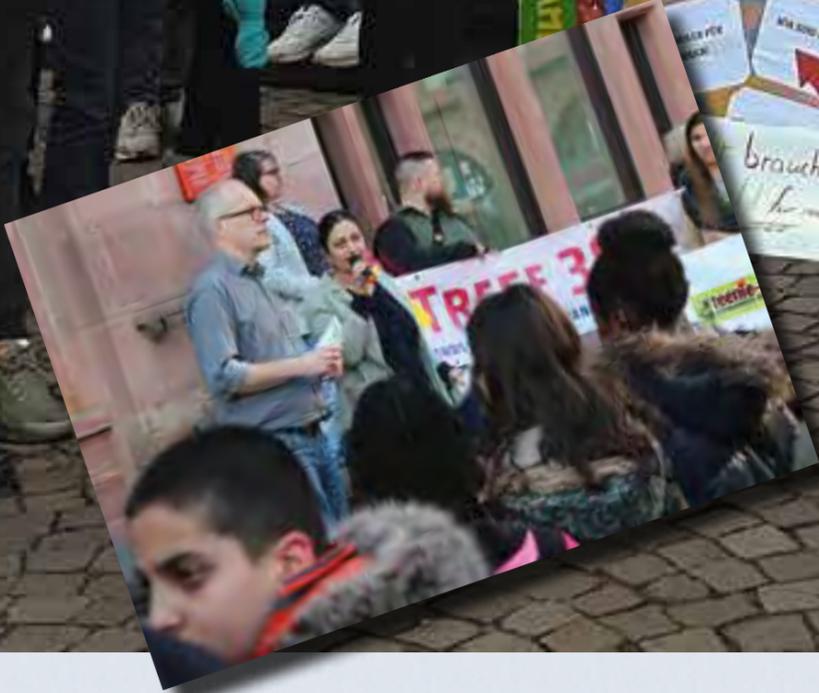
Drogenabhängige sind immer wieder die Sündenböcke, wenn es der CDU oder ihren Gentrifizierern im Bahnhofsviertel nicht sauber genug ist. Wir setzen uns für den Ausbau der Drogenhilfe ein, einen Konsumraum auch nachts zu öffnen, Räume für den Konsum von Crack, Marihuana zu legalisieren, an den Schulen offen über Drogen aufzuklären und suchtkranke Menschen nicht zu kriminalisieren. Der Frankfurter Weg in der Drogenpolitik ist erfolgreich und hat vielen das Leben gerettet!

Situation von Arbeitsmigrant*innen

Auch die Situation von Menschen, die aus dem europäischen Ausland nach Frankfurt kommen, um hier als Tagelöhner oder Bettler zu arbeiten, haben wir ins Stadtparlament und Öffentlichkeit gebracht. Ein Boardinghouse für mobile Arbeitnehmer*innen ist eine zentrale Forderung der Fraktion. Die ständige Vertreibung der Menschen, die zum Arbeiten nach Frankfurt kommen und keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, muss ein Ende haben. Immer wieder errichten sie aus ihrer Not heraus selbstgebaute Lager, die dann seitens der Stadt geräumt werden. Ohne Hilfsangebot und mit einer Busfahrkarte in die Heimat versucht die Koalition, andere Menschen abzuschrecken, um – wie sie sagt – keine Anreize zu setzen.



Protest von Kindern, Jugendlichen und Mitarbeiter*innen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung auf dem Römerberg am 7. November 2019.



NR 1165
Frankfurt am Main, 16. April 2020

Eingang: 16.04.2020, 13.10 Uhr

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
gemäß § 17 (3) GOS

Kinderschutz trotz Corona-Pandemie sicherstellen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird damit beauftragt, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit Angeboten der aufsuchenden Sozialarbeit mit ausreichender Schutzkleidung auszustatten, um deren Angebote und Leistungen trotz der Corona-Pandemie sicherzustellen.

Begründung:
Durch die Corona-Pandemie steigt die Gefahr von häuslicher Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen. Viele Familien sind durch das erlassene Kontaktverbot, geschlossene Schulen und Kindertagesstätten, Spielplätze und Freizeiteinrichtungen gezwungen, sich mit Konflikten auf engem Raum ohne Rückzugsmöglichkeiten auseinanderzusetzen.
In dieser extremen Situation benötigen Kinder und Jugendliche Schutz und Unterstützung. Dies ist jedoch durch das erlassene Kontaktverbot nur noch eingeschränkt möglich. Sozialarbeiter*innen bzw. deren Familien und somit auch nicht die Möglichkeit, einen direkten Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen herzustellen. Hier spielt die aufsuchende Sozialarbeit mit ihrem direkten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen gegenüber den Kindern, Jugendlichen und deren Familien eine entscheidende Rolle, die nicht durch digitale Angebote als Alternativen ersetzt werden kann.
Aus diesem Grund benötigen die Einrichtungen der aufsuchenden Sozialarbeit ausreichende Schutzkleidung, um trotz der Corona-Pandemie den direkten Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien aufrechtzuerhalten bzw. herstellen zu können ohne sich oder die Kinder und Jugendlichen einer Infektionsgefahr mit dem Corona-Virus auszusetzen.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli und Martin Klehm
Fraktionsvorsitzende

Antragstellende:
Stv. Monika Christann
Stv. Ayşe Dağcı
Stv. Dominike Pauli
Stv. Elysa Flörke
Stv. Martin Klehm
Stv. Merve Ayıldız
Stv. Michael Müller
Stv. Pearl Hahn

H - Stv. Prof. Dr. Daniela Birkenfeld

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
e-mail: info@dieLinke-fraktion-frankfurt.de Internet: www.dielinke-im-roemer.de Telefon: (069) 212 462 93

Bewegung in Richtung Jugendparlament

Es gibt auch Bereiche, in denen sich in der Frankfurter Stadtpolitik etwas bewegt. Die lange Forderung der LINKEN, ein Jugendparlament in Frankfurt einzurichten, nimmt langsam Gestalt an. Nach Informationsaustauschen mit dem Jugendparlament Wiesbaden und der Stadt Stuttgart wurde die AG Partizipation - die später in „JugendMachtFrankfurt“ umbenannt wurde - eingerichtet in der die Fraktion vertreten ist. Dennoch ist klar, dass ein Jugendparlament nur ein Teil eines Partizipationsmixes zur Realisierung von Jugendpartizipation in der Stadt sein kann.

Corona-Pandemie gefährdet den sozialen Zusammenhalt

Die Corona-Pandemie bedeutet für viele Frankfurter*innen einen großen Einschnitt. Nicht nur durch die Schließung der Schulen und Kindertageseinrichtungen standen viele Menschen vor großen Problemen, Kurzarbeit oder gar Arbeitsplatzverlust wird die Situation für viele Menschen und Familien noch weiter verschärfen. Deshalb forderten wir in mehreren Anträgen, dass die Folgen der Pandemie sozial abgefedert werden.

Hier geht es zum Video
bit.ly/WalkofYouth



Eine Stadt für alle: Mietenwahnsinn stoppen

Die Mieten sind seit 2016 weiter gestiegen, die Zahl der Sozialwohnungen sinkt. Dass das ein Problem ist, ist mittlerweile fast allen Frankfurter*innen klar. Diese Erkenntnis ist auch der ständigen und beharrlichen Arbeit der LINKEN in der Wohnungspolitik zu verdanken: Neben der Arbeit im Parlament hat die Fraktion regelmäßige Bürger*innen-Sprechstunden und Arbeitsgruppen-Treffen veranstaltet sowie öffentliche Veranstaltungen und Rundgänge organisiert. Wir haben bei Demonstrationen und nicht zuletzt bei dem größten Bürger*innen-Begehren zum Thema bezahlbarer Wohnraum mitgemacht – dem Mietentscheid Frankfurt.



Während der Demo „Wohnraum für alle am 4. Februar 2017.



Zusammenrücken. Eine Veranstaltung zu Nachverdichtung am 12. April 2018

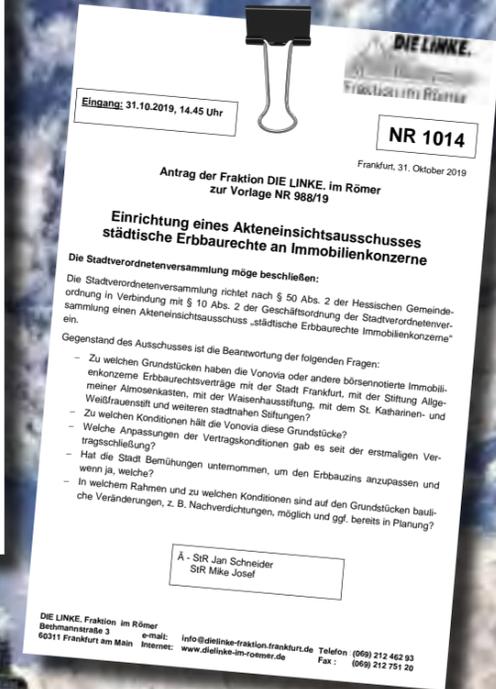


Verträge mit Vonovia

Im Oktober 2019 beantragten wir einen Akteneinsichtsausschuss. Grund war, dass der Magistrat auf Nachfrage am 26.09.2019 berichtete, dass die Stadt Frankfurt am Main 40 Wohnerbbaurechtsverträge mit dem Konzern Vonovia AG abgeschlossen hat. Aus den Akten schließen wir einen dringenden Handlungsbedarf: Fragen müssen geklärt werden, Versäumnisse aufgearbeitet – und vor allem müssen Wohnungen wieder zum Wohnen da sein und nicht, um die Profite von wenigen auf dem Rücken der Mieter*innen zu vermehren.

Unsere Stellungnahme zum Akteneinsichtsausschuss kann hier heruntergeladen werden:

<http://bit.ly/StellungnahmeVonovia>



Mehr bezahlbare Wohnungen bauen.

Bei allen Aktionen, Diskussionen und Anfragen an die Stadtregierung wurde immer wieder klar, dass DIE LINKE eine starke soziale Stimme in der Wohnungspolitik ist. Ohne DIE LINKE würde es deutlich weniger kritische Nachfragen zur Wohnungspolitik geben.

Im Fokus unserer Kritik standen der Umgang mit öffentlichem Grund und Boden und ehemals gemeinnützigen Wohnungen, die Gewinne der stadteigenen Wohnungsgesellschaft ABG, die unzureichenden Förderbedingungen für sozialen Wohnraum, der Bau von weiteren Luxus-Eigentumswohnungen sowie Hotels und Büros, fehlendem Wohnraum für Studierende, die Fortschreibung des Mietpiegels bis hin zu den Lebensbedingungen in städtischen Notunterkünften.

Immer mehr Hochhäuser

Die Planungen und der Bau von Luxus-Hochhäusern wurden auch in den letzten vier Jahren fortgesetzt, insbesondere in der Innenstadt und im Gallus/Europaviertel. Wir begleiten die Entwicklungen kritisch mit unzähligen Anfragen und Stellungnahmen. Darüber hinaus haben wir alternative Ansätze zur Stadtgestaltung unterstützt, wie die Einrichtung eines sozialen Zentrums im Backhaus in Bockenheim und im Paradieshof in Sachsenhausen. Nicht zuletzt Wohnformen wie der Neue Wagenplatz am Ostbahnhof finden mit der LINKEN einen unbürokratischen Weg in den Römer.

Zwangsräumungen

Es werden immer noch Menschen aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt. Ihnen wird weiterhin der Strom abgestellt. Die Stadt kann anders handeln. Welche Möglichkeiten bestehen, haben wir in unseren Anträgen aufgezeigt.



Rundgang im Europaviertel.



Rundgang im Bahnhofsviertel

Neben den stadtweiten Themen haben wir vor Ort - in den Stadtteilen und Siedlungen - auf Missstände aufmerksam gemacht. Alternativen für eine sozialere Stadtentwicklung aufgezeigt und Themen auf die politische Tagesordnung gesetzt. Unter anderem beschäftigten uns die Nachverdichtungsmaßnahmen in der Platensiedlung und der Knorrstraße, die Bebauung der

Grünen Lunge im Nordend und die Diskussionen um einen neuen Stadtteil an der A5. In den Milieuschutzgebieten in Bockenheim und dem Nordend setzten wir uns für bezahlbare Mieten und den Ankauf von Gebäuden durch die Stadt Frankfurt ein. Auch die Ausweitung des Milieuschutzes (sowohl räumlich als auch inhaltlich) forderten wir immer wieder.



Rundgang in der Neuen Altstadt.

Stadtteilrundgänge



Hier geht es zu den Videos

Hier findet Ihr alle Videos zu den Stadtteilrundgängen:
bit.ly/Stadteilspaziergang



Unser Ziel: Autofreie Innenstadt

besser für die Menschen - und das Klima.

Die Verkehrswende ist eines der großen Themen in Frankfurt. Die autogerechte Stadt hat ausgedient. Das haben - bis auf wenige - die meisten Verantwortlichen begriffen. Die Herausforderung wird sein, die Verkehrswende sozial und ökologisch zu gestalten. Die Menschen in dieser Stadt brauchen klare Perspektiven und Alternativen zum Auto. Gut, dass durch den Radentscheid erste Veränderungen erzwungen wurden. Wir haben uns immer für einen autofreien Mainkai und andere Fußgängerzonen, weniger Autos, effizientere Parkraumbewirtschaftung, bessere Radwege und sauberere Luft in der ganzen Stadt ausgesprochen.

Reclaim the Streets
LINKES Mainkaifest

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

Veranstaltung auf der Höhe des Limesbogens
Samstag, 31. August 2019
13 bis 18 Uhr
Nördliches Mainufer



Preise im ÖPNV müssen sinken

Eine nachhaltige Verkehrswende ist nur mit dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) möglich. Neben dem Ausbau müssen auch die Preise im RMV sinken.

DIE LINKE. im Römer forderte Studien zum fahrscheinlosen ÖPNV, das 365 Euro-Ticket für alle, günstigere Tickets

für Schüler*innen, Senior*innen und von Armut betroffene Menschen, die kostenlose Mitnahme von Kindern bis 14, das Hessenticket für städtische Bedienstete, das Jobticket auch für kleine Unternehmen, Barrierefreiheit und intermodale Mobilität sowie den Ausbau von Buslinien, Straßenbahn und U-Bahn in kommunaler Hand.

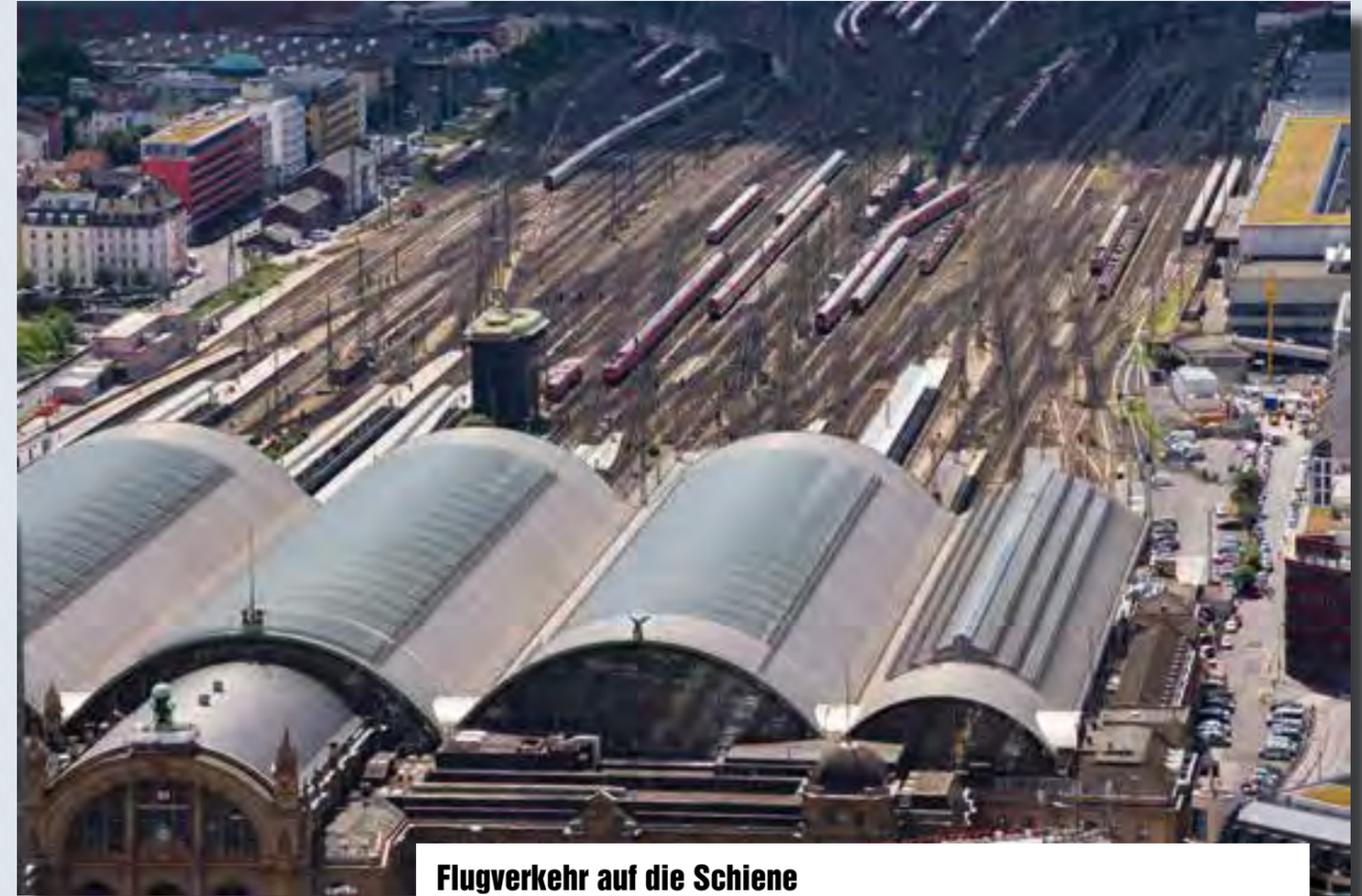


Die Übergabe der 34.000 Unterschriften des Radentscheids.

Radverkehr

DIE LINKE. im Römer unterstützte den Radentscheid Frankfurt für eine Wende zur fahrradfreundlichen Stadt. In einer kompakten Stadt wie Frankfurt bedeutet mehr Platz fürs Rad immer auch weniger Platz für Autos und damit weniger Schadstoffe, Unfälle und Lärmbelastung.

Neben mehr, breiteren und geschützten Radwegen beantragten wir die Förderung von Lastenrädern, Reparaturgutscheine, Ladestationen für E-Bikes, eine Kampagne gegen den Toten Winkel und gegen Abbiegeunfälle, Radwege am Anlagewen- und Cityring sowie in der Textorstraße, ein städtisches Radleihsystem und einen autofreien Sonntag.



Flugverkehr auf die Schiene

Flugverkehr ist ein Klimakiller und kostet viele Frankfurter*innen den Schlaf. DIE LINKE. im Römer setzte sich für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, gegen Terminal 3 und einen Flugsteig für Billigfluglinien, für die Verlagerung

von Kurzstreckenflügen auf die Schiene, eine Perspektive für Mitarbeitende der Lufthansa bei der Bahn, aber auch gegen Briefkastenfirmen der Fraport auf Malta und die Beteiligung bei Abschiebungen nach Afghanistan.



DIE LINKE. im Römer unterstützte die Proteste gegen die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) am 14. September 2019.





Die Stadtregierung beschloss die sogenannte Klimaallianz und verkauft darin alten Wein in neuen Schläuchen. Die meisten der vorgestellten Maßnahmen sind schon längst Beschlusslage, neue Maßnahmen müssen mit der Lupe gesucht werden und haben nur einen sehr geringen klimapolitischen Stellenwert. Hingegen wird der angekündig-

te Kohleausstieg verwässert. Frühestens 2025 soll die Steinkohle lediglich durch den Energieträger Gas ersetzt werden. Der ist in der Klimawirkung aber kaum besser. Außerdem wurde durchs Hintertürchen beschlossen, dass die Bahnen der VGF bis 2025 weiter schwarzfahren sollen. DIE LINKE. im Römer legt das offen und rebelliert an

der Seite der Klimabewegung gegen den offenen Wortbruch der Römerkoalition! Wir fordern eine nachhaltige Energiewende, wo Frankfurt in nachhaltige Energie- und Wärmeerzeugung investiert. Alle städtischen Dächer sollen mit Solaranlagen ausgestattet werden.



Hessens grüner Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir führt ein Konzept für Lärmobergrenzen ein, dass den Namen nicht wert ist. Eine wirkliche Lärmreduzierung und Klimaschutz lassen sich nur durch die Reduzierung von Flugbewegungen erreichen. Die aber wird es nicht geben, denn die Fraport kündigt an, Billigflieger für das neue Terminal 3 anwerben zu wollen. Ryanair steht schon in den Startlöchern und bekommt mit einer extra reduzierten Entgeltordnung auch noch den roten Teppich ausgerollt. Den Flughafenbau-Parteien sei Dank!

Am 30. Januar 2017 fand im Terminal 1 des Flughafens Frankfurt die 200. Montagsdemo gegen Flughafenbau, Fluglärm und Schadstoffe statt. Am 11. November 2019 dann die 300. Die Fraktion DIE LINKE. im Frankfurter Römer unterstützt die Forderungen der Bürgerinitiativen nach einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und die Reduzierung der Flugbewegungen auf eine Anzahl von 380.000. Die Landebahn Nordwest ist überflüssig und muss zum Schutz von Umwelt und Menschen wieder geschlossen werden.



Montagsdemo im Frankfurter Flughafen.

Gegen Rassismus und rechten Terror

Anti-Rassismus & Anti-Faschismus



Im September 2018 protestierten Aktivist*innen der Seebrücke auf dem Römerberg. Sie hielten Listen mit den Namen derer, die im Mittelmeer umgekommen sind.



Hier geht es zum Video

bit.ly/WessenFreund



Die Willkommenskultur hat in Deutschland nicht sehr lange gehalten. Seit 2015 erleben wir nicht nur den Auftrieb rechtsradikaler und rassistischer Parteien, mit dem Bekanntwerden des sogenannten NSU 2.0 wurden auch die rassistischen und rechtsextremen Netzwerke innerhalb der Frankfurter Polizei offengelegt. Dennoch weigern sich der Frankfurter Ordnungsdezernent und der hessische Innenminister zuzugeben, dass Rassismus ein strukturelles Problem innerhalb

der Behörden ist. Immer noch werden die Vorfälle als Einzelfälle abgetan. Der Frage, ob diese Fälle nicht aus den Strukturen heraus zu erklären sind, wird überhaupt nicht nachgegangen. Doch die Verbrechen des sogenannten NSU, der Mord am Kasserer Regierungspräsident Walter Lübcke im Juni 2019, der Anschlag in Halle im Oktober 2019 und die Morde in Hanau machen deutlich: Deutschland hat ein Problem mit rechter Gewalt und Rassismus.

Wir sind davon überzeugt, dass Rassismus nur bekämpft werden kann, wenn offen darüber gesprochen wird. Deswegen thematisiert die Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder mit Anträgen, kleinen und großen Anfragen „Racial Profiling“ und Rassismus und konfrontiert als einzige Fraktion Polizeipräsident Bereswill in den Ausschüssen mit Polizeigewalt und NSU 2.0.

Sicherer Hafen

Zum Kampf gegen Rassismus gehört für die Fraktion auch die Arbeit für und mit Geflüchteten in Frankfurt und außerhalb der Stadtgrenzen.

Wir unterstützen die Forderung von Seebrücke, Frankfurt zu einem Sicherem Hafen zu machen, dem Städtebündnis Solidarity Cities beizutreten, ein Rettungsschiff auszurüsten, freiwillig mehr Geflüchtete in Unterkünften mit Mindeststandards oder in einem selbstverwalteten Haus für Project Shelter aufzunehmen und Teachers on the Road bei Sprachkursen zu unterstützen. Die Ausländerbehörde soll Abschiebungen aussetzen und stattdessen besseren Service bieten. Bei der Koalition gibt es derzeit nur Lippenbekenntnisse und Wegsehen.



Kundgebung der Seebrücke Frankfurt im August 2018.



In die Zukunft investieren

Bildung

Die Schulen in Frankfurt sind weiterhin an den maroden Gebäuden zu erkennen. Zwar hat die Koalition mehrere hundert Millionen Euro für die Investition in Schulen im Haushalt eingeplant. Doch die Realität hinkt der Planung hinterher. Wir fordern zu jeder Haushaltsdebatte, dass die geplanten Mittel zügig eingesetzt werden, damit Schüler*innen nicht ihre gesamte Bildungszeit im Container verbringen müssen.

Hier geht es zum Video
bit.ly/HerausvorderungHomeSchooling

HERAUSFORDERUNG Home Schooling

mit:

- Sylvia Weber | Landesministerin für Integrierte und Bildung
- Paul Harder | Stadtschüler*innen-Sprecher
- Julia Frank | Vorsitzende des Schülerelternbeirats
- Sebastian Guttman | Vorstand GEW-Frankfurt
- Dominike Pätzl | Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Römer

Mittwoch, 30. September 2020
 ab 19 Uhr

Sei online dabei:
dieLinke-im-roemer.de/homeschooling

DIE LINKE.
 FRAKTION IM RÖMER

Stadteilspaziergang 435

FREIZEIT BILDUNG GESUNDHEIT

Samstag, 16. Oktober 2020
 ab 13 Uhr
 Treffpunkt: V-Dome-Station
 Sümpferd-Friedhof-Straße

mit:

- Ayse Dalhoff
 Leiterin und Jugendreferentin Sportkultur bei LAKE, im Römer
- Achim Kessler
 stellv. Ehrenvorsitzender Sprecher DIE LINKE. im Bauspark

Gastbeiträge aus dem Stadtteil

DIE LINKE.
 FRAKTION IM RÖMER



Kundgebung von Eltern zu Kinderrechten während der Covid-19 Pandemie im April 2020 auf dem Römerberg.

Corona deckt Ungerechtigkeiten auf

Der Landeselternbeirat schlug wegen der Ungerechtigkeiten Alarm, die mit dem vielfach praktizierten Homeschooling verbunden sind. Eltern könnten die Arbeit der Lehrkräfte nicht ersetzen. Kinder, die zu Hause keine geeigneten Endgeräte oder Rückzugsräume zur Verfügung haben, blieben hinter den anderen zurück. Um eine gerechte Schulbildung auch in Zeiten von Corona zu sichern, braucht es klare Vorgaben für den digitalen Unterricht und eine einheitliche Lernplattform, die bei einer öffentlichen Stelle gehostet wird, wie etwa dem Hessischen Schulportal. Diese Forderung des Landeselternbeirats nahm die Fraktion auf und forderte die Stadtregierung auf entsprechende Maßnahmen zu treffen.



Frauenpolitik



Protest gegen die Kundgebungen von Abtreibungsgegner*innen in 2018.



Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention (Konvention des Europarats zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) durch Deutschland im Oktober 2017 trat die IK zum 01.02.2018 als Bundesgesetz in Kraft und muss auch in der Kommune umgesetzt werden. Trotz der langen Vorlaufzeit (bekannt seit 2011) war dies bisher kein Thema für die Koalition, obwohl die Umsetzung und die dauerhafte Aufnahme von erforderlichen Maßnahmen in den Haushalt Pflichtaufgaben sind. Die LINKE im Römer stellte mehrere Anfragen und Anträge und diskutierte die nicht erfolgte Umsetzung in der Stadtverordnetenversammlung. Die Koalition musste schließlich reagieren und hat nun mit der ersten Maßnahme - der Einrichtung der Pflicht-Monitoringstelle, in der die Daten für geschlechtsspezifische Gewalt erhoben werden sollen - begonnen. Zum Frühjahr 2021 sollen zwei Stellen besetzt werden, die beim Frauenreferat angesiedelt sind.

DIE LINKE. Fraktion im Römer
NR 1011
 Eingang: 28.10.2019, 17:10 Uhr
 Frankfurt, 28. Oktober 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE, im Römer zur Vorlage NR 984/2019
Schutz vor Gewalt kann nicht auf das Ende von Diskussion warten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Der Punkt 3. im Antrag NR 984 wird wie folgt ergänzt: Die evaluierten erforderlichen Maßnahmen i. S. d. Istanbul-Konvention werden regelmäßig in allen Haushaltsbeschlüssen als Pflichtaufgabe eingestellt. Im Haushalt werden auch die Pflichtmaßnahmen der Konvention wie Prävention sowie Fortbildungen der betroffenen Berufsgruppen berücksichtigt.
- Zur Sammlung der Daten wird umgehend eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Sie obliegt der federführenden Stelle.
- Für die Koordinierungsstelle wird eine Referent*innenstelle mit Vollzeit eingerichtet.
- Es wird eine Monitoringstelle unter der Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen und des Frauenreferats eingerichtet. Diese wertet die Daten aus und gibt Stellungnahmen ab.
- Für die Arbeit in der Monitoringstelle wird eine Referent*innenstelle mit Vollzeit eingerichtet.

Begründung:
 Die Istanbul-Konvention verpflichtet zur Sammlung und Auswertung der Daten zur geschlechtsspezifischen Gewalt. Ohne eine umfassende Datenbasis vor Ort der geschlechtsspezifischen Gewaltarten hinsichtlich Bestands- und vielfältigen geschlechtsspezifischen Gewaltarten zu erheben sind, kann die Kommune nicht ihrer Pflicht Bedarfsanalyse, welche regelmäßig zu erheben sind, in die Länder- und Bundesebene nachkommen, die Daten und die Auswertung an die Länder- und Bundesebene

W - SIR Rosemarie Heilig
 SG

DIE LINKE Fraktion im Römer
 Beilmannstraße 3
 60311 Frankfurt am Main
 e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de
 Internet: www.dielinke-im-roemer.de
 Telefon (069) 212 462 93
 Fax: (069) 212 751 20



Der Maßstab ist Kultur für Alle

Eine Diskussion über die Zukunft des Schauspiels prägte die Kulturpolitik und wird auch weiterhin zahlreiche Debatten über Standorte und eine tragfähige Finanzierung hervorrufen. Fakt ist: Die Städtischen Bühnen müssen saniert werden. Welche Alternativen bestehen und was das kosten wird, darüber muss diskutiert werden. Und zwar mit allen Betroffenen. Aus unserer Sicht sind besonders die Arbeitnehmerrechte wichtig. Auch im Interesse der Beschäftigten ist es unerlässlich, den störungsfreien Betrieb von Oper und Schauspiel während der Sanierungs- oder Neubauphase sicher zu stellen. Jede Entscheidung wird sie unmittelbar betreffen. Dort arbeiten über tausend hochqualifizierte Menschen, deren Weiterbeschäftigung unter guten Arbeitsbedingungen sichergestellt sein muss. Außerdem steht für DIE LINKE fest, dass das Filetgrundstück am Willy-Brandt-Platz der Ort für Kultur bleiben muss. Jeglichen Versuchen der CDU, öffentlichen Raum zu privatisieren, erteilen wir eine Absage.



Freie Theaterszene

Seit Corona stehen alle Kulturschaffenden, die freie Szene und die Clubs dieser Stadt vor existenziellen Herausforderungen. Wir wollen die kulturelle Vielfalt der Stadt erhalten. Mit Willy Praml trafen wir uns auf Naxos und informierten uns über die Situation für das Theater und den Umbau als Zentrum der Freien Theaterszene. Auch den Clubs wollen wir dauerhafte Perspektiven geben in der Krise, aber auch danach mit Modernisierungsfonds.



Während der Besichtigung der Städtischen Bühnen.



Fraktion vor Ort



Mit parlamentarischer Arbeit allein werden wir die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ändern können. Dafür braucht es auch den Druck von der Straße. Deswegen ist die Fraktion jedes Mal bei Streiks, Demos oder Kundgebungen vor Ort, um zu unterstützen. Die Fraktion hat durchgesetzt, dass bei allen Großdemos parlamentarische Demobeobachter*innen direkt vor Ort Zugang zu allen Bereichen haben.

Mit dem Fraktionsanhänger sind wir auf Straßenfesten. Hier kommen wir mit Menschen in Kontakt, die wir über die üblichen Kanäle nicht erreichen können.





Hier geht es zum Video
<http://bit.ly/LaufgegenRassismus>





Veranstaltungen



Wer nicht feiert, hat verloren
8. MAI
Tag der Befreiung
von Faschismus und Krieg

Zeitzeug*innengespräche
Szenische Lesung
Diskussionen

Musik:
Gastone
Lena Stoehrfaktor
DeeOoh
Sonja Ebel-Chor
Emil Mangelsdorff

Mittwoch, 8. Mai 2019
17-22 Uhr
Römerberg – Frankfurt



8. Mai statt Reformationstag

Statt den Reformationstag als dauerhaften Feiertag einzurichten, wie von Bürgermeister Becker vorgeschlagen, will DIE LINKE. im Römer den 8. Mai als Tag der Befreiung und Ende des Krieges zu einem bundesweiten, gesetzlichen Feiertag machen. Seit 2018 begehen wir den 8. Mai mit einer von einem breiten Bündnis getragenen Befreiungsfeier auf dem Römerberg.

Hier geht es zu den Videos
bit.ly/8Mai-Video



Hier geht es zum Video
bit.ly/SchwimmbadPreise

Teure Abkühlung an heißen Tagen

2017 und 2018 wurden die Schwimmbadpreise, 2019 dann auch die Zoopreise und der Preis für die MuseumsuferCard erhöht. Neben ständig steigenden Mieten und hohen Kosten für den Nahverkehr drücken Preiserhöhungen in der Sozialinfrastruktur die Lebenshaltungskosten in Frankfurt immer weiter nach oben. Kurz vor Weihnachten 2018 dann hat der Magistrat beschlossen, dass Kinder bis zum 14. Lebensjahr freien Eintritt in Schwimmbäder der Frankfurter Bäderbetriebe erhalten sollen. In 2019 dann wurde der kostenfreie Eintritt für Kinder und Jugendliche in weitere städtische Kultur- und Freizeiteinrichtungen beschlossen. Der Magistrat ist damit unserer Forderung nach Kultur für alle einen Schritt nähergekommen. Wir wollen schon seit Jahren, dass Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren kostenlos die Schwimmbäder, Museen, den Zoo und weitere Einrichtungen besuchen können.



Am 24. August 2019 fand die internationale Tagung „Vom „Flüchtling“ zum Nachbarn“ statt. Kommunalpolitiker*innen und Aktivist*innen aus verschiedenen europäischen Kommunen berichteten über ihre Erfahrungen.

20 Jahre ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

Thema: Internationale Tagung

Vom „Flüchtling“ zum Nachbarn

kommunal, sozial, solidarisch

Mit: Omar Al-Rawi, Dominike Paul, Wenke Christoph, Michaela Solja, Margarete Eskandari-Grünberg, Dieter Storck, Alessia Muscas, Tajana Tadic

Moderation: Andrea Ysanti

Samstag, 24. August 2019
11 bis 17 Uhr Tagung
18 Uhr Podiumsdiskussion

Evangelische Akademie Frankfurt
Römerberg 9

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN
FORUM FÜR BILDUNG UND ANALYSE E.V.



Hier geht es zu den Videos
bit.ly/Dokumentation-Flucht-Nachbar



Mangel an sozialem Wohnraum

Ursachen - Zusammenhänge - Lösungen

Diskussionsveranstaltung mit:

Caren Lay
Wohnungsrechtliche Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Eyup Yilmaz
Wohnungsrechtlicher Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Jürgen Ehlers
Mitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE. im Bundestag

Moderation:
Saadet Sönmez
Landesvorsitzende DIE LINKE. Hessen

Mittwoch | 30. Mai 2018 | 19 Uhr
Gallustheater | Kleyerstraße 15 | Frankfurt

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER



Überleben im KZ

Die wahre Geschichte der einzigen KZ - Überlebenden einer großen Stadtfamilie, aufgezeichnet von ihrem Sohn Ricardo Lenzi Lashinger.

Lesung und Musik
Es wirken mit Schüler*innen des Campus Klarenthal und Omars gegen Rechts.
Musik: Ricardo Lashinger-Swinglert
Schauspieler: Oberbürgermeister Peter Feldmann

Mittwoch, 4. September 2019
19 Uhr | Haus am Dom
Domplatz 3

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

Hier geht es zum Video
bit.ly/EisigWehtWind





Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen*
Perspektiven für Frankfurt

Dienstag
 17. September 2019
 Haus am Dom
 19 Uhr

Präsenzmoderation:
 Karin Heisecke
 Expertin für die Istanbul-Konvention
 Christiane Böhm
 Mit der CDU im Hessischen Landtag, Sprecherin für Frauenpolitik
 Fatmagül Tuncay
 Leitende Präventionsreferentin „MeRaas“
 FIM Frauenrecht ist Menschenrecht e.V.
 (Landesrat)

Moderation:
 Monika Christmann
 Stabsreferentin DIE LINKE. im Rhein

DIE LINKE.
 FRAKTION IM RÖMER



Am 1. September 2020 hat die Stadtregierung aus CDU, SPD und Grünen den für Fuß- und Radverkehr geöffneten Mainkai wieder dem Autoverkehr mit Lärm und Abgasen übergeben. Was für eine rückwärtsgewandte Politik der Koalition! Die Mehrheit der Frankfurter Bürger*innen ist dafür, dass der Mainkai auf Dauer dem Fuß- und Radverkehr gehört und an Aufenthaltsqualität gewinnt. Auch in der Stadtverordnetenversammlung besteht eine Mehrheit für die Verkehrs- und Klimawende. Einzig das Veto der CDU, die Wahlkampfstrategie der SPD und grüner Opportunismus stehen einer dauerhaften Lösung im Weg.

Der Mainkai ist der Startschuss für eine autofreie Innenstadt und eine Verkehrswende im Allgemeinen. Wir kämpfen weiter für Vorfahrt für Fuß- und Radverkehr. Daher haben wir uns am Samstag, den 5. September, auf dem Mainkai gegen die Entscheidung der Stadtregierung gestellt und mit Podiumsdiskussionen zur autofreien, umwelt- und familienfreundlichen Innenstadt, Musik und Chillen deutlich gemacht, dass Autos am Mainkai nicht weiter akzeptiert werden. Wir machten den Mainkai einfach wieder dicht!



Regionalkonferenz „Leben, Arbeiten und Wohnen in der Region Frankfurt/RheinMain am 23. Juni 2018



Hier geht es zu den Videos
bit.ly/Mainkai-Autofrei



Die Dokumentation zu der Konferenz kann hier heruntergeladen werden:
bit.ly/Linke-Material



Corona - mehr als ein Bier

Kommunal- & Sozialpolitik

Es diskutieren:

Monika Hantschick

Erziehungswissenschaftlerin und ehem. Gewerkschaftssekretärin

Petra Rossbrey

Vorsitzende des Präsidiums Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e.V.

Rudolf Schulz

Vorsitzender Sozialverband Deutschland SoVD Landesverband Hessen

Dieter Storck

Vorsitzender Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen

Dominike Pauli

Vorsitzende Fraktion DIE LINKE. im Römer

Bettina Kaminski spielt Auszüge aus Horváths GLAUBE LIEBE HOFFNUNG

Im TITANIA Theater Basaltstr. 23 | (Begrenzung gemäß Corona-Regeln)

& im Livestream zum Mitdiskutieren auf:

www.dielinke-im-roemer.de oder

„Freies Schauspiel Ensemble Frankfurt“

DIE LINKE.
FRANKFURT

Die Corona-Pandemie hat die Welt verändert. Wie sich die Veränderungen auf die Kommune und die Menschen auswirken, diskutieren wir mit einer Veranstaltungsreihe.

Hier geht es zu den Videos

<http://bit.ly/WeltnachCorona>



Hier geht es zu den Videos
bit.ly/WennderHass

Rechtspulist*innen in Europas Kommunen

Wenn der Hass an die Rathaustür klopft

Internationale Podiumsdiskussion

Einführung: **Hans-Jürgen Urban**
Vorstandsmitglied der IG Metall
in Städten: Amsterdam • Kopenhagen • Paris • Straßburg • Linz • Frankfurt

Freitag, 8. Dezember 2017
19 Uhr
Haus am Dom
Domplatz 3
60311 Frankfurt

DIE LINKE.
FRANKFURT
www.dielinke-im-roemer.de

Seite 46



Girls' Day

Jeden Girls' Day laden wir etwa 15 Mädchen* in die Fraktion ein. Nach einem Kennenlernen untereinander und der Fraktion machen wir ein Planspiel. Dort schlüpfen die Mädchen* in die Rolle von Politiker*innen und spielen die Kommunalpolitik einmal durch: von der Fraktionsbildung über die Antragsformulierung bis in die Plenarsitzung. Die Diskussion der Anträge leiten die Mädchen selbst, in dem sie ihre Vorsitzenden demokratisch wählen.

Bei unserem Girls' Day lernen die Mädchen* ihre Anliegen zu formulieren, freie Rede und Argumentieren, aber auch Allianzen zu schaffen und für Mehrheiten zu sorgen.

Die Anmeldungen sind oft schon wenige Tage nach der Freischaltung vergeben.



Praktikum bei der LINKEN

Ein Praktikum zwischen Politik, Büro und Aktion

Über 40 junge Menschen haben sich für ein Praktikum in der Fraktion DIE LINKE. im Römer interessiert, was wir ihnen zu einem großen Teil ermöglichen konnten.

Beim Praktikum in der Fraktion lernt man: Büroorganisation, Arbeit mit dem parlamentarischen Informationssystem PARLIS, Vor- und Nachbereitung der Fachausschüsse, Begleitung zu

Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung, Begleitung der Fraktionssitzungen, Recherche von Hintergrundinformationen, Formulierung von Anträgen und Anfragen, Pressearbeit (Erstellung des täglichen Pressespiegels und Mitarbeit an der Erstellung und Veröffentlichung von Pressemitteilungen).

Unsere Praktikant*innen kamen zu einem großen Teil aus der Gymnasialen Oberstufe oder aus Bachelorstudiengängen rund um

die Politik. Aber auch Schüler*innen aus IGSen oder der Berufsschule waren Praktikant bei uns. Manche nutzten die Phase nach dem Abitur zur Orientierung. Erstmals absolvierte ein Student der Verwaltung sein abschließendes Praktikum bei uns. Seine Bachelor-Thesis, die von uns betreut und mitbeurteilt wurde, schrieb er über „Einfluss von Kleinfractionen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main“ und schloss sie mit sehr gut ab.



Tag der Offenen Tür

Добро пожаловать
 καλωσόρισμα
 bienvenue
 willkommen
 dobrodošli
 bonvenon
 powitanie

Freitag, 22. November 2019
 ab 18.00 Uhr
 DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Rathaus, Eingang Bethmannstraße 3

DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

Tag der offenen Tür

Der Tag der offenen Tür der Fraktion ist im November zu einem festen Termin im Kalender vieler geworden. Pandemie bedingt wird nach über zehn Jahren in 2020 kein Tag der offenen Tür stattfinden.

Hier geht es zu den Videos

bit.ly/TagderoffenenTur



PRO UND CONTRA
»SONNTAGS-ÖFFNUNG«
EIN ÖFFENTLICHES STREITGESPRÄCH

DIENSTAG, 13. DEZEMBER 2016 19:30 UHR
HAUS AM DOM,
DOMPLATZ 3, FRANKFURT

ES DISKUTIEREN:
DR. JOACHIM STOLL
 VIZE-PRÄSIDENT HANDELSVERBAND HEDS 500
PFARRER I. R. RAINER PETRAK
 FÜR DIE KATHOLISCHE ARBEITNEHMERBEWEGUNG (KAB) RHEIN-MAIN
DR. ALEXANDER THEISS
 GESCHÄFTSFÜHRER IHK FRANKFURT
HORST GORBRECHT
 FACHBEREICHSEKRETÄR EINZELHANDEL, GEWERKSCHAFT VER DI
STEPHANIE WÜST
 TOP-IMP-FORUMSTREITER RÖMISCH-WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SPRECHERIN
DOMINIK PAULI
 FRAKTIONSVORSITZENDE, FRAKTION DIE LINKE. IM RÖMER

EINTRITT FREI

DIE VERANSTALTUNG WIRD FÜR DIE FRAKTIONEN DER LINKE, DIE GRÜNEN UND DIE GRÜNEN/LEBENDIGES/STREIFEN/ROSEN
 DIE VERANSTALTUNG WIRD FÜR DIE FRAKTIONEN DER LINKE, DIE GRÜNEN UND DIE GRÜNEN/LEBENDIGES/STREIFEN/ROSEN



Anträge

Hier sind einige Beispiele für unsere Anträge. Ihr könnt alle Anträge und Anfragen entweder auf der Internetseite der Fraktion (dielinke-im-roemer.de) oder im Parlamentsinformationssystem PARLIS der Stadt Frankfurt (stvv.stadt-frankfurt.de/parlis) finden.

Die meisten Dokumente - Anfragen, Anregungen, Vorlagen und Beschlüsse - aus dem Parlamentsbetrieb sind öffentlich. Sie werden über PARLIS zur Verfügung gestellt. Neben den Anträgen und Anfragen sind in PARLIS die aktuellen Tagesordnungen und Protokolle der Gremien und die Berichte des Magistrats erreichbar.

Frankfurt ruft den Klimanotstand aus

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
 Die Stadt Frankfurt am Main ruft den Klimanotstand1 aus. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt an, dass die Stadt Frankfurt am Main wächst, sich entwickelt und vielfältige Aufgaben hat. Um diese Entwicklung nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten verabschiedet sie folgende Maßnahmen:

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_877_2019.pdf

NR 877
 Frankfurt, 23. Mai 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
Frankfurt ruft den Klimanotstand aus

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
 Die Stadt Frankfurt am Main ruft den Klimanotstand1 aus. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt an, dass die Stadt Frankfurt am Main wächst, sich entwickelt und vielfältige Aufgaben hat. Um diese Entwicklung nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten verabschiedet sie folgende Maßnahmen:

Die Stadt Frankfurt am Main

1. erkennt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
2. erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
3. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, die möglichst stark den Klima-, Umwelt- und Anwohner*inneninteressen und den Klimawandel sind dessen Folgen abzumildern. Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen die besten Möglichkeiten für Klima-, Umwelt- und

U. - DR. Rosamunde Heilig
 PD

DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Informationsbüro: info@dielinke-im-roemer.de
 60511 Frankfurt am Main
 Telefon: (089) 212 442 93
 Internet: www.dielinke-im-roemer.de
 Fax: (089) 212 731 26

Wildtierverschützung in gastierenden Zirkusbetrieben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat sorgt dafür, dass kommunale Flächen künftig nur noch an Zirkusbetriebe vermietet werden, die keine gefährlichen Wildtiere mitführen. Hierunter fallen insbesondere Elefanten, Flusspferde, Giraffen, Großbären, Großkatzen, Nashörner, Primaten ab Makakengröße und Wölfe.
2. Der Magistrat entwickelt mit Initiativen, zoologischen Gärten und Tierschutzorganisationen ein Programm, das den betroffenen Zirkussen den Ausstieg aus der Wildtierhaltung erleichtert.

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_584_2018.pdf

NR 584
 Frankfurt, 17. Mai 2018

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
Wildtierverschützung in gastierenden Zirkusbetrieben

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat sorgt dafür, dass kommunale Flächen künftig nur noch an Zirkusbetriebe vermietet werden, die keine gefährlichen Wildtiere mitführen. Hierunter fallen insbesondere Elefanten, Flusspferde, Giraffen, Großbären, Großkatzen, Nashörner, Primaten ab Makakengröße und Wölfe.
2. Der Magistrat entwickelt mit Initiativen, zoologischen Gärten und Tierschutzorganisationen ein Programm, das den betroffenen Zirkussen den Ausstieg aus der Wildtierhaltung erleichtert.

R - DR. Markus Frank

DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Informationsbüro: info@dielinke-im-roemer.de
 60511 Frankfurt am Main
 Telefon: (089) 212 442 93
 Internet: www.dielinke-im-roemer.de
 Fax: (089) 212 731 26

Kein Verkauf von städtischem Grund und Boden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt verkauft keinen städtischen Vorhergehender TrefferGrundNächster Treffer und Vorhergehender TrefferBoden.
2. Bei der Neuvergabe städtischer Grundstücke und solcher, die sich im Besitz von städtischen Stiftungen oder Gesellschaften befinden und für den Wohnungsbau vorgesehen sind, werden diese nur den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützig agierenden Genossenschaften zum Sonderpreis und im Erbbaurecht zur Nutzung überlassen.

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_104_2016.pdf

NR 104
 Frankfurt, 13. September 2016

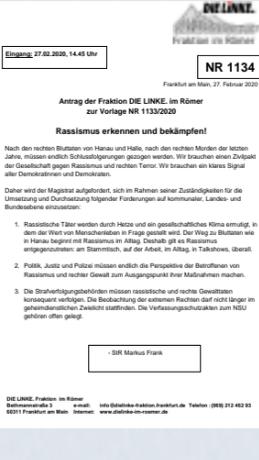
Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
Kein Verkauf von städtischem Grund und Boden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt verkauft keinen städtischen Grund und Boden.
2. Bei der Neuvergabe städtischer Grundstücke und solcher, die sich im Besitz von städtischen Stiftungen oder Gesellschaften befinden und für den Wohnungsbau vorgesehen sind, werden diese nur den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützig agierenden Genossenschaften zum Sonderpreis und im Erbbaurecht zur Nutzung überlassen.

H - DR. Jan Schneider

DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Informationsbüro: info@dielinke-im-roemer.de
 60511 Frankfurt am Main
 Telefon: (089) 212 442 93
 Internet: www.dielinke-im-roemer.de
 Fax: (089) 212 731 26



Rassismus erkennen und bekämpfen!

Nach den rechten Bluttaten von Hanau und Halle, nach den rechten Morden der letzten Jahre, müssen endlich Schlussfolgerungen gezogen werden. Wir brauchen einen Zivilpakt der Gesellschaft gegen Rassismus und rechten Terror. Wir brauchen ein klares Signal aller Demokratinnen und Demokraten.

Daher wird der Magistrat aufgefordert, sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten für die Umsetzung und Durchsetzung folgender Forderungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene einzusetzen:

1. Rassistische Täter werden durch Hitze und ein gesellschaftliches Klima ermutigt, in dem der Wert von Menschenleben in Frage gestellt wird. Der Weg zu Bluttaten wie in Hanau beginnt mit Rassismus im Alltag. Deshalb gilt ein Rassismus entgegenzutreten am Stammtisch, auf der Arbeit, im Alltag, in Taxikabins, oberhalb von Bushaltestellen.
2. Politik, Justiz und Polizei müssen endlich die Perspektive der Betroffenen von Rassismus und rechter Gewalt zum Ausgangspunkt ihrer Maßnahmen machen.
3. Die Opferhilfsgeschichten müssen sprachlich und nicht sprachlich dokumentiert verfügbar sein. Die Beibehaltung der sexuellen Rechte darf nicht länger im gesellschaftlichen Zweischritt stattfinden. Die Verfassungsschutzbehörden zum NSU gehören offen gelegt.

Dr. SDR Markus Frank

DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Betriebsvertraute 3 | e-mail: info@dieLinke-fraktion-frankfurt.de | Telefon: (089) 212 402 93
 60311 Frankfurt am Main | Internet: www.dieLinke-im-roemer.de | Fax: (089) 212 701 20

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1134_2020.pdf



Tödliche Gefahr durch Schusswaffen eindämmen

Der rechtsterroristische Mörder von Hanau war Mitglied im Sportschützenverein „Diana“ in Bergen-Enkheim. Die tödlichen Schüsse eines sogenannten „Reichsbürgers“ auf einen Polizisten in Georgensgmünd, der Mordversuch an Bilal M. in Wächtersbach, die vielen weiterhin bestehenden waffenrechtlichen Erlaubnisse bei Personen insbesondere aus dem rechtsextremistischen Spektrum, aber auch die zuletzt immer wieder im Fokus von Presse und Öffentlichkeit stehenden Mitgliedschaften verfassungsgesetzwidrig agierender Personen in Schützenvereinen weisen auf den Schutzbedarf, dass auch von legalen Waffenbesitz erhebliche Gefahren ausgehen.

Es ist daher mit Blick auf den dringend gebotenen Schutz aller Menschen angezeigt, die bestehenden Gesetze umzusetzen sowie das Waffenrecht noch enger zu fassen. Noch immer ist es zu einfach in Deutschland, legal an Schusswaffen und waffenrechtliche Erlaubnisse insbesondere für den Erwerb von Munition zu gelangen.

Dr. SDR Markus Frank

DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Betriebsvertraute 3 | e-mail: info@dieLinke-fraktion-frankfurt.de | Telefon: (089) 212 402 93
 60311 Frankfurt am Main | Internet: www.dieLinke-im-roemer.de | Fax: (089) 212 701 20

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1185_2020.pdf



Verkehrswende jetzt!

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Parkraumbewirtschaftungskonzept vorzulegen, das den Anforderungen zur Luftreinhalteplanung für Frankfurt am Main genügt. Dabei sind zu prüfen:

1. Eine Abschaffung kostenloser Parkens mindestens innerhalb des Alleinrings.
2. Eine vollständige Abdeckung mit modernen Parkautomaten, Handyparken und vergleichbaren Systemen bei Berücksichtigung der Interessen der Bewohner*innen und von Schwerbehinderten.
3. Eine jährliche, im niedrigen Prozentbereich liegende, Reduzierung des Parkraums, der vor allem dem Fuß- und Radverkehr zu geschlagen wird...

V. SDR Klaus Oestrich

DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Betriebsvertraute 3 | e-mail: info@dieLinke-fraktion-frankfurt.de | Telefon: (089) 212 402 93
 60311 Frankfurt am Main | Internet: www.dieLinke-im-roemer.de | Fax: (089) 212 701 20

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_699_2018.pdf



TTIP-freie Zone Frankfurt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt unterzeichnet die „Barcelona-Erklärung“ vom 21. April 2016.
2. Die Stadt Frankfurt setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente CETA nicht ratifizieren und die Verhandlungen über die Abkommen TTIP und TISA gestoppt werden...

V. SDR Klaus Oestrich

DIE LINKE. Fraktion im Römer
 Betriebsvertraute 3 | e-mail: info@dieLinke-fraktion-frankfurt.de | Telefon: (089) 212 402 93
 60311 Frankfurt am Main | Internet: www.dieLinke-im-roemer.de | Fax: (089) 212 701 20

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1051_2019.pdf

Ein drittes Leben für das Heizkraftwerk West

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, im Zuge des Umstellungsprozesses des Heizkraftwerks West (HKW) auf umweltverträglichere Energieträger den Umbau der Anlagen zur Speicherung und Nutzung von Erneuerbaren Energien einzuleiten.



https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_994_2019.pdf

Raumluftwechselgeräte in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Es wird geprüft und berichtet, inwiefern Raumluftwechselgeräte in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Gebäuden, die über raumlufttechnische Anlagen belüftet werden,
 - a) technisch zu integrieren sind,
 - b) welcher Beitrag dadurch zur Eindämmung des Infektionsrisikos mit dem Virus Sars-CoV-2 geleistet werden kann und
 - c) welche Kosten der Stadt für die Maßnahme entstehen, sie an allen Schulen und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Gebäuden in Passivbauweise einzurichten...

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1291_2020.pdf



Jahrzehnte verfehlter Liegenschaftspolitik aufarbeiten - Wohnungen zurück in die öffentliche Hand

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wirkt darauf hin, die Erbbaurechtsverträge der Stadt Frankfurt für Wohnungen auf städtischen Grundstücken oder auf Grundstücken stadtnaher Gesellschaften dahingehend anzupassen, dass bezahlbare Mieten zu den Preisen von gefördertem Wohnraum festgelegt werden. Im Falle, dass die Erbbaurechtsnehmer*innen diesem Vorschlag nicht nachkommen, kündigt die Stadt Frankfurt die Verträge, nutzt das städtische Vorkaufsrecht und rettet damit die ehemals öffentlichen Wohnungen wieder in städtische Eigenhand.

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1289_2020.pdf

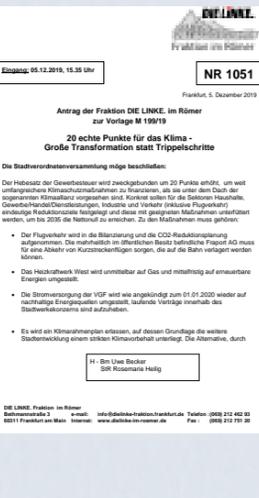


20 echte Punkte für das Klima - Große Transformation statt Trippelschritte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird zweckgebunden um 20 Punkte erhöht, um weit umfangreichere Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren, als sie unter dem Dach der sogenannten Klimaallianz vorgesehen sind. Konkret sollen für die Sektoren Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Industrie und Verkehr (inklusive Flugverkehr) eindeutige Reduktionsziele festgelegt und diese mit geeigneten Maßnahmen unterfüttert werden, um bis 2035 die Nettonull zu erreichen...

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1026_2019.pdf



DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 02.05.2016, 13:25 Uhr **NR 22**

Frankfurt, 2. Mai 2016

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer gemäß § 17 (3) GOS

Steuergerechtigkeit statt Panama

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt fordert die Hessische Landesregierung auf:
 - Die Hessische Landesregierung bildet umgehend 100 zusätzliche Steuerfachstellen und Betriebsstellen und stellt sie ein. Die entsprechenden Ausbildungskapazitäten werden daraufhin erhöht.
 - Die Hessische Landesregierung stellt insgesamt 1.000 zusätzliche Stellen in der Hessischen Steuerverwaltung.
 - Die Hessische Landesregierung legt im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer vor.
- Der Magistrat wird beauftragt, alle Geschäftsbeziehungen der Stadt Frankfurt am Main mit Kredit- und Finanzinstituten einzustellen, die bei der Vermittlung von Bankkreditlinien größten Nutzen.
- Der Magistrat wird beauftragt, sich über die Deutschen Städtetag und allen politischen Gremien, dafür einzusetzen, dass
 - in der EU verbindliche Mindeststeuersätze eingeführt werden, um Steuerumgehung zu verhindern.

H - SDR Uwe Becker

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de Fax: (089) 212 371 24

Steuergerechtigkeit statt Panama

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt fordert die Hessische Landesregierung auf:

- Die Hessische Landesregierung bildet umgehend 100 zusätzliche Steuerfachstellen und Betriebsprüfer aus und stellt sie ein. Die entsprechenden Ausbildungskapazitäten werden dauerhaft erhöht
- Die Hessische Landesregierung schafft insgesamt 1.000 zusätzliche Stellen in der Hessischen Steuerverwaltung...

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_22_2016.pdf

DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 13.11.2018, 16:19 Uhr **NR 701**

Frankfurt, 13. November 2018

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Kein langes Warten in der Kälte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Bei den Wirkungsdimensionen der Arbeit der Ausländerbehörde wird analog zu denen der Bürgerämter der Indikator „Maximale Wartezeit von 15 Minuten für 80% der Kund*innen“ eingeführt.
- Bis die Zielvorgaben erreicht werden, sollen Lösungen gefundenwerden, damit die tagelang auf eine Wartenummer wartenden Menschen nicht in der Kälte stehen müssen.
- Die nötigen Mittel für die Erfüllung dieses Ziels werden in den Haushalt eingestellt...

H - SDR Markus Frank

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de Fax: (089) 212 371 24

Kein langes Warten in der Kälte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Bei den Wirkungsdimensionen der Arbeit der Ausländerbehörde wird analog zu denen der Bürgerämter der Indikator „Maximale Wartezeit von 15 Minuten für 80% der Kund*innen“ eingeführt.
- Bis die Zielvorgaben erreicht werden, sollen Lösungen gefundenwerden, damit die tagelang auf eine Wartenummer wartenden Menschen nicht in der Kälte stehen müssen.
- Die nötigen Mittel für die Erfüllung dieses Ziels werden in den Haushalt eingestellt...

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_701_2018.pdf

DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 06.03.2020, 19:58 Uhr **NR 1138**

Frankfurt am Main, 5. März 2020

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer gemäß § 17 (3) GOS

##WirhabenPlatz – Frankfurt ist ein sicherer Hafen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt erklärt sich bereit, Geflüchtete aus der griechisch-türkischen Grenzregion direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Land Hessen hergestellt.

Begründung:
Angesichts der unermesslichen Situation an der EU-Außengrenze zur Türkei und auf der griechischen Insel Lesbos fordert die Stadt Frankfurt am Main selbst Geflüchtete aus dieser Region auf. Damit setzt Frankfurt am Main das Bekannte in die Tat um, ein sicherer Hafen zu sein und 100 der Berichtstage der Stadtverordnetenversammlung, die aktuelle Situation an der türkisch-griechischen Grenze (s. vorheriges M. Tisings, Berichtswerte und Wasserwerke) schließt die griechische Mittel- und die Europäische Agentur für die Große- und Kleinsaat-Fliegen auf schützende Menschen. Das Verhalten der EU und der deutschen Bundesregierung ist eine Schande.

H - SDR Prof. Dr. Daniela Birkelstein

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de

#WirhabenPlatz – Frankfurt ist ein sicherer Hafen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurterklärt sich bereit, Geflüchtete aus der griechisch-türkischen Grenzregion direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Land Hessen hergestellt...

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1138_2020.pdf

DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 12.11.2019, 17:45 Uhr **NR 1026**

Frankfurt, 12. November 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Tariftreue auch bei Subunternehmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, sicherzustellen, dass Tarifvereinbarungen, die in Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt und einem Unternehmen festgeschrieben sind, auch von Subunternehmen eingehalten werden.

Begründung:
Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Frankfurt und Unternehmen bzw. Trägern sind so abzufassen, dass die Personalverantwortung auf dem im jeweiligen Geschäftsbereich gültigen Tarifvertrag beruht. Der Magistrat muss sicherstellen, dass diese Tariftreue durch die Gründung neuer Subunternehmen nicht unterlaufen werden kann.

DE LINKE, im Römer
Dorothea Paul und Martin Klahn
Fraktionsvorsitzende

Arbeitsgemeinschaft:
Sdr. Ayse Dahif
Sdr. Dorothea Paul
Sdr. Eryk Vlasak
Sdr. Martin Klahn
Sdr. Monia Christan
Sdr. Michael Müller
Sdr. Monika Christan
Sdr. Paul Hahn

H - SDR Uwe Becker

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de Fax: (089) 212 371 24

Tariftreue auch bei Subunternehmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, sicherzustellen, dass Tarifvereinbarungen, die in Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt und einem Unternehmen festgeschrieben sind, auch von Subunternehmen eingehalten werden.

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1026_2019.pdf

FES zurück in die öffentliche Hand

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Vorlage M 76/2019 „Neuvergabe der strategischen Partnerschaft an der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH“ ab.
- Die Stadt Frankfurt schafft alle Voraussetzungen, um die Anteile der Firma Remondis an der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES GmbH) in städtischen Besitz überführen zu können.
- Die nötigen Mittel dafür werden in den Haushalt eingestellt...

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_884_2019.pdf

Ein Leben im Alter in Würde ermöglichen: Regelsätze bei Grundsicherung aufstocken

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat soll prüfen und berichten, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, die Regelsatzstufen nach § 28 SGB XII der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um jeweils 100 Euro durch eine freiwillige kommunale Aufstockung anzuheben.

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_777_2019.pdf

DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 07.06.2019, 11:45 Uhr **NR 884**

Frankfurt, 7. Juni 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zur Vorlage M 76/19

FES zurück in die öffentliche Hand

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Vorlage M 76/2019 „Neuvergabe der strategischen Partnerschaft an der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH“ ab.
- Die Stadt Frankfurt schafft alle Voraussetzungen, um die Anteile der Firma Remondis an der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES GmbH) in städtischen Besitz überführen zu können.
- Die nötigen Mittel dafür werden in den Haushalt eingestellt...

Begründung:
In der Vorlage M 76/2019 hat sich der Magistrat eindeutig für die Fortführung des ÖPP-Projekts ausgesagt. Eine vollständige Rückübernahme der Abfallentsorgung würde dem Magistrat zu erheblichen Kostenfragen führen und eine Wiedereinführung bedeuten. Die Gründung einer 100 prozentig städtischen Gesellschaft kommt für den Magistrat ebenfalls nicht in Frage. Das wäre ebenfalls ein Risiko zu werten.

H - SDR Uwe Becker
H - SDR Rosemarie Heilig

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de Fax: (089) 212 371 24

DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 04.03.2019, 10:35 Uhr **NR 777**

Frankfurt, 04. März 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Ein Leben im Alter in Würde ermöglichen: Regelsätze bei Grundsicherung aufstocken

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat soll prüfen und berichten, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, die Regelsatzstufen nach § 28 SGB XII der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um jeweils 100 Euro durch eine freiwillige kommunale Aufstockung anzuheben.

Begründung:
Rund 10.000 Frankfurter*innen sind bei Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen. Die nötig sind und in Frankfurt besonders hohen Lebenshaltungskosten erheben diese die Tücher am gesellschaftlichen Leben oder drängen sie aus der Stadt. Die Stadt hat die Pflicht, die Regelsätze wie den Betroffenen helfen, ein menschenwürdiges Leben im Alter und bei Erwerbsminderung zu führen, sowie die gesundheitliche Teilhabe erleichtern. In der Regel sind die Bundesleistungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nicht ausreißend, um die freiwillige kommunale Aufstockung zu ermöglichen, müssen die notwendigen Möglichkeiten im Vorfeld geprüft werden.

DE LINKE, im Römer
Dorothea Paul und Martin Klahn
Fraktionsvorsitzende

Arbeitsgemeinschaft:
Sdr. Ayse Dahif
Sdr. Dorothea Paul
Sdr. Eryk Vlasak
Sdr. Martin Klahn
Sdr. Monia Christan
Sdr. Michael Müller
Sdr. Monika Christan
Sdr. Paul Hahn

H - SDR Prof. Dr. Daniela Birkelstein

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de Fax: (089) 212 371 24

Ein Gesamt-Elternbeirat für alle freien und städtischen Kitas

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Träger übergreifendes Gremium zur Vertretung der Kita-Eltern einzurichten. Die Kompetenzen, Aufgaben und Funktionen des Gremiums orientieren sich am Gesamt-Elternbeirat der städtischen Kinderzentren Frankfurts.

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1245_2020.pdf

DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 30.07.2020, 12:05 Uhr **NR 1245**

Frankfurt, 30. Juli 2020

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Ein Gesamt-Elternbeirat für alle freien und städtischen Kitas

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Träger übergreifendes Gremium zur Vertretung der Kita-Eltern einzurichten. Die Kompetenzen, Aufgaben und Funktionen des Gremiums orientieren sich am Gesamt-Elternbeirat der städtischen Kinderzentren Frankfurts.

Begründung:
In den letzten Monaten wurden viele Maßnahmen, Leitlinien und Empfehlungen zum Umgang mit der Covid-19-Pandemie für Kinderzentren von Land und Kommunen erlassen. Über alle Dachverbände, den Kinderertrage (Pakt) zur Ausgestaltung im medialen öffentlichen Raum zu stellen, werden Leitlinien und Empfehlungen von Land und Kommunen erlassen. Ob städtisch oder frei, die Handlung mit ÖPP-Organisation, Kinderarbeit oder Auszubildenden sind, werden von Kita zu Kita unterschieden und von Land und Kommunen erlassen. Die Kinder werden nicht vernachlässigt. Die zwischen den Einrichtungen sind verschiedenen Aufgaben der Träger*innen werden zu Fortleben zwischen Leitlinien und Fachkräften in den Einrichtungen auf der einen Seite und Eltern auf der anderen Seite. Zudem war es für die politische Verantwortlichkeit notwendig, die Bedürfnisse und Wünsche von Eltern in Stellung zu bringen.

Ein spezifiziertes System der Eltern über ein Träger übergreifendes Gremium kann die Bedürfnisse der Eltern besser verstehen und für eine sinnvollere Umsetzung von Veränderungen und Maßnahmen sorgen.

DE LINKE, im Römer
Dorothea Paul und Martin Klahn
Fraktionsvorsitzende

Arbeitsgemeinschaft:
Sdr. Dorothea Paul
Sdr. Eryk Vlasak
Sdr. Martin Klahn
Sdr. Monia Christan
Sdr. Michael Müller
Sdr. Monika Christan

H - SDR Sybira Weber

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de

Virtuelle Klassenzimmer ermöglichen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird damit beauftragt, die nötige IT-Infrastruktur einzurichten und alle (datenschutz-) rechtlichen und sonstigen Vorkehrungen zu treffen, damit Schulunterricht für die Zeit der Schulschließungen während der Corona-Pandemie für alle Schüler*innen mittels einer einheitlichen Online-Lernplattform per Videokonferenz stattfinden kann. Allen Schüler*innen ist die dafür nötige Hard- und Software zur Verfügung zu stellen.

https://www.stvv.frankfurt.de/download/NR_1245_2020.pdf

DE LINKE
Fraktion im Römer

Eintrag: 30.07.2020, 12:05 Uhr **NR 1245**

Frankfurt, 30. Juli 2020

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Ein Gesamt-Elternbeirat für alle freien und städtischen Kitas

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Träger übergreifendes Gremium zur Vertretung der Kita-Eltern einzurichten. Die Kompetenzen, Aufgaben und Funktionen des Gremiums orientieren sich am Gesamt-Elternbeirat der städtischen Kinderzentren Frankfurts.

Begründung:
In den letzten Monaten wurden viele Maßnahmen, Leitlinien und Empfehlungen zum Umgang mit der Covid-19-Pandemie für Kinderzentren von Land und Kommunen erlassen. Über alle Dachverbände, den Kinderertrage (Pakt) zur Ausgestaltung im medialen öffentlichen Raum zu stellen, werden Leitlinien und Empfehlungen von Land und Kommunen erlassen. Ob städtisch oder frei, die Handlung mit ÖPP-Organisation, Kinderarbeit oder Auszubildenden sind, werden von Kita zu Kita unterschieden und von Land und Kommunen erlassen. Die Kinder werden nicht vernachlässigt. Die zwischen den Einrichtungen sind verschiedenen Aufgaben der Träger*innen werden zu Fortleben zwischen Leitlinien und Fachkräften in den Einrichtungen auf der einen Seite und Eltern auf der anderen Seite. Zudem war es für die politische Verantwortlichkeit notwendig, die Bedürfnisse und Wünsche von Eltern in Stellung zu bringen.

Ein spezifiziertes System der Eltern über ein Träger übergreifendes Gremium kann die Bedürfnisse der Eltern besser verstehen und für eine sinnvollere Umsetzung von Veränderungen und Maßnahmen sorgen.

DE LINKE, im Römer
Dorothea Paul und Martin Klahn
Fraktionsvorsitzende

Arbeitsgemeinschaft:
Sdr. Dorothea Paul
Sdr. Eryk Vlasak
Sdr. Martin Klahn
Sdr. Monia Christan
Sdr. Michael Müller
Sdr. Monika Christan

H - SDR Sybira Weber

DE LINKE, Fraktion im Römer
Büroanschrift 3 e-mail: info@die-linke-fraktion-frankfurt.de Telefon: (089) 212 442 33
80331 Frankfurt am Main Internet: www.die-linke-im-roemer.de

Unsere Ortsbeiräte

ORTSBEIRAT 8
Heddernheim, Niederursel, Nord-weststadt




Uwe Hofacker Yusuf Karaaslan

ORTSBEIRAT 12
Kalbach, Riedberg



Filiz Akbas

ORTSBEIRAT 10
Berkersheim, Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg, Preungesheim




Lothar Kramer Ayse Dalhoff

ORTSBEIRAT 16
Bergen-Enkheim



Rainer Lehmann

ORTSBEIRAT 7
Hausen, Industriehof, Praunheim, Rödelheim, Westhausen




Barbara David-Wehe Torben Zick

ORTSBEIRAT 9
Dornbusch, Eschersheim, Ginnheim




Ingrid Wunn Sonja Ebel-Eisa

ORTSBEIRAT 3
Nordend




Hans-Joachim Habermann Elke Windemuth

ORTSBEIRAT 6
Goldstein, Griesheim, Höchst, Nied, Schwanheim, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeilsheim




Dominike Pauli Dieter Storck

ORTSBEIRAT 1
Altstadt, Bahnhof, Europaviertel, Gallus, Gutleut, Innenstadt




Kai Oliver Tiffany Eyup Yilmaz

ORTSBEIRAT 2
Bockenheim, Kuhwald, Westend




Hans Jürgen Hammelmann Margret Heym-Schmitt

ORTSBEIRAT 4
Bornheim, Ostend




Volker Marx Pearl Hahn

ORTSBEIRAT 11
Fechenheim, Riederwald, Seckbach




Stefan Klee Ricarda Grünberg

ORTSBEIRAT 5
Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen



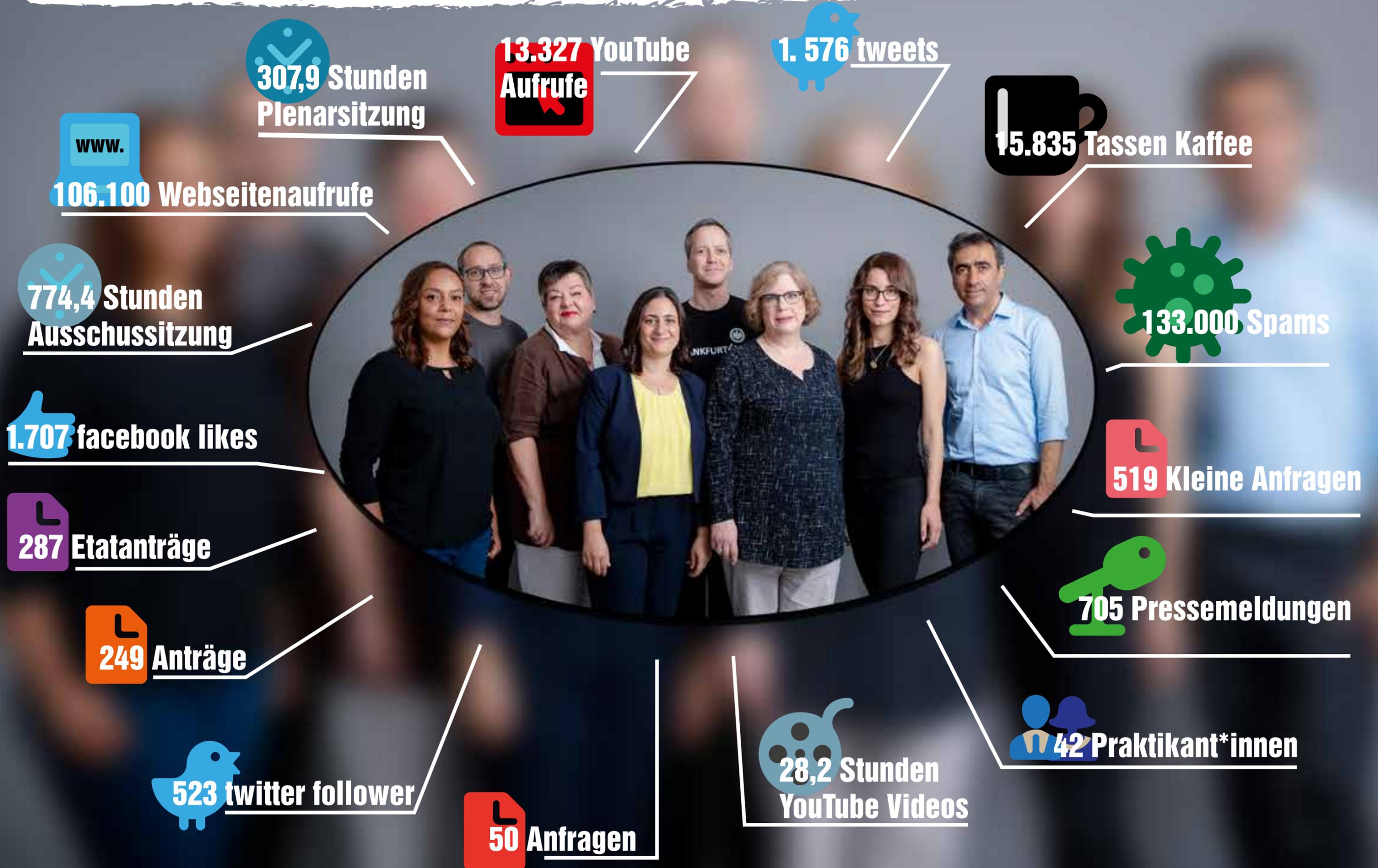

Knut Dörfel Marlis Gutmann



Die für Sie zuständigen Ortsbeiräte können Sie über die Internetseite www.dielinke-im-roemer.de/ortsbeiraete/ kontaktieren.



Zahlen, Daten, Fakten



i Wege

Linke Kommunalpolitik ist vielfältig. Genauso vielfältig sind auch die Kommunikationskanäle, die wir nutzen, um über unsere Arbeit zu informieren. An erster Stelle steht die klassische Medienarbeit. Wir geben zu allen relevanten Themen Pressemitteilungen heraus, organisieren Pressekonferenzen oder führen mit Journalistinnen und Journalisten Hintergrundgespräche.

Neben den analogen Medien haben die sogenannten Sozialen Medien immer mehr an Bedeutung gewonnen. Viele Menschen informieren sich immer mehr über Facebook, twitter, YouTube und andere. Als Fraktion und einzelne Stadtverordnete sprechen wir die Menschen über Facebook, twitter und mit unseren Videos über YouTube an.

Doch es genügt nicht nur, die eigene „Blase“ über linke Kommunalpolitik zu informieren. Unser Anspruch ist, Menschen zu erreichen, die nicht gezielt nach linker Politik suchen oder auch mit Vorurteilen gegenüber der LINKEN behaftet sind. Dazu dienen uns zum einen breit angelegte Veranstaltungen aber auch der direkte Kontakt mit den Menschen. Deshalb ist die Fraktion auf allen wichtigen Stadtteilstellen in Frankfurt mit ihrem mobilen Informationsstand vertreten, z.B. beim AWO Sommerfest im Hellerhofpark, Atzelbergfest und Leipziger Straßenfest.

 [facebook.com/dielinke.imroemer](https://www.facebook.com/dielinke.imroemer)

 twitter.com/DIELINKE_Roemer

 [youtube.com/dielinkeimroemer](https://www.youtube.com/dielinkeimroemer)

 www.dielinke-im-roemer.de

Informationen aus dem Stadtparlament

Die meisten Dokumente - Anfragen, Anregungen, Vorlagen und Beschlüsse - aus dem Parlamentsbetrieb sind öffentlich. Sie werden deshalb über das „Parlamentsinformationssystem“ kurz: PARLIS zur

Verfügung gestellt.

Neben den aktuellen Tagesordnungen und Protokollen der Gremien, finden Sie über PARLIS unter anderem die Anträge und Anfragen der Parlamentarierinnen und Par-

lamentarier auf Ortsbeirats- und Stadtverordneten-Ebene, sowie die Berichte des Magistrats inklusive Grafiken und Bildern.

www.stvv.frankfurt.de/parlis

LINKE Kommunalpolitik?

Auf der Seite unserer Fraktion sind alle Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen, sowie Reden der Stadtverordneten der Fraktion DIE LINKE. im Römer zu finden.

www.dielinke-im-roemer.de

Die Partei DIE LINKE hat außerdem eine Kommunaldatenbank eingerichtet, in der Anfragen und An-

träge aus allen LINKEN Fraktionen bundeweit gesammelt werden.

www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/kommunaldatenbank/

Auf der Landesebene gibt es die Kommunelinks. Sie ist das überparteiliche Netzwerk für linke alternative Kommunalpolitik in Hessen.

Kommunelinks steht im Austausch mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, sowie dem Dachverband Kommunalpolitischer Foren, also mit linken Kommunalpolitikern*innen in ganz Deutschland. Außerdem bietet das Netzwerk Seminare und Fortbildungen zur Kommunalpolitik für Interessierte an.

<https://www.kommunelinks.de/>

Bildnachweis



Seite 26 © Daniel Prawetz, Lautstark gegen Rechts



Seite 26 © Daniel Prawetz, Lautstark gegen Rechts



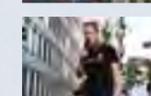
Seite 35 © Dietmar Treber



Seite 37 © Angela Kalisch



Seite 39 © Pascal Glanz



Seite 39 © Daniel Prawetz, Lautstark gegen Rechts

Sofern nichts angegeben ist, stammen die Bilder von den Stadtverordneten und Mitarbeiter*innen der Fraktion DIE LINKE. im Römer oder sie wurden im Auftrag der Fraktion erstellt.

V.i.S.d.P:

Dominike Pauli und Martin Kliehm

DIE LINKE. Fraktion im Römer
Raum 120 - 1. Etage
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt

Telefon: +49 (0) 69 212 462 93 (Zentrale)
Telefax: +49 (0) 69 212 751 20

E-Mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de
Internet: www.dielinke-im-roemer.de
Facebook: [facebook.com/dielinke.imroemer](https://www.facebook.com/dielinke.imroemer)
twitter: twitter.com/DIELINKE_Roemer





DIE LINKE.
FRAKTION IM RÖMER

